

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

25.6.1925 (No. 144)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amen.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Zusendungen werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Die Deutschnationalen und ihre Wähler

Im Reichstag haben sich gestern merkwürdige Szenen abgespielt: Über hundert Vertreter und Vertreterinnen von Organisationen der Aufwertungsgläubiger forderten in der Wandelhalle Rücksprache mit den deutschnationalen Abgeordneten und beschimpften diese, als sie vor ihnen erschienen, in der heftigsten Weise. Dem einen Abgeordneten wurde angedroht, daß man ihn mit seinen Ohren am Brandenburger Tor festnageln werde, wenn man ihn erwische. Und mehrere Delegierte riefen den Deutschnationalen zu, sie sollten nur einmal die nächste Wahl abwarten, dann würden sie ihr blaues Wunder erleben.

Vor einigen Tagen hat der deutschnationale Parteiführer Hergt in einer Parteiverammlung lebhaft darüber Klage geführt, daß er von den Aufwertungsgläubigern, die sich von den Deutschnationalen betrogen fühlen, beinahe täglich Dutzende von Droh- und Schmähbrieffen bekomme. In diesen Briefen werde er „Dumpe“ und „Schweinehund“ genannt, und es werde ihm allerlei Schlimmes prophezeit. Auch sonst hat Herr Hergt in dieser Parteiverammlung zugegeben, daß der Weg einer Partei, wenn sie Regierungspartei geworden ist, vorzugsweise durch Dornen führt, und daß namentlich die Parteiführer vor lauter Anklagen, Beschwerden und geschäftigen Vorwürfen kaum mehr wüßten, wo ihnen der Kopf stünde.

Man sieht: die Deutschnationalen ernten jetzt, was sie selbst gesät haben. Wie oft ist ihnen in den letzten Jahren das Gefährliche ihrer wilden und schonungslosen Agitation vorgehalten worden! Wie oft hat man sie darauf aufmerksam gemacht, daß wir doch in parlamentarischen Staaten leben, und daß eine jede Wahl auch die Deutschnationalen ans Ruder der Regierung bringen könne! Gerade die Deutschnationalen hätten aus der geschichtlichen Vergangenheit und aus der Vergangenheit ihrer Partei selber wissen müssen, daß man die durch eine struppellose Agitation entfesselten Geister hernach nicht mehr los wird, und daß es leicht ist, aus der Oppositionsstellung heraus die Regierung und die Regierungsparteien zu bekämpfen, aber sehr schwer, es besser zu machen, wenn man selber in der Regierung sitzt.

Eines ist klar: die Deutschnationalen stecken mitten in einer Parteikrise. Bei den Wahlen der letzten Zeit ist ihnen allemal das Glück, d. h. in diesem Falle die besondere Lagerung der politischen Umstände, günstig gewesen. Vielfach mag hier auch ihre geschickte Regie mitgespielt haben. Würden aber heute Wahlen stattfinden, so ist es ganz sicher, daß die Deutschnationalen einen großen Bruchteil ihrer Mitläufer verlieren würden. Im Hinblick auf die parlamentarischen Verhältnisse in Preußen ist diese Erkenntnis von nicht zu unterschätzendem Wert.

Bereiten schon die außenpolitischen Fragen und die Frage der Erledigung der Zollvorlage den Deutschnationalen die erheblichsten Schwierigkeiten, so wirkt die Empörung der Aufwertungsgläubiger geradezu wie ein Sprengpulver in den Reihen ihrer Anhänger. Man muß sich indessen wundern, daß die deutschnationalen Führer dieses Unheil nicht haben kommen sehen. Haben sie wirklich geglaubt, die Aufwertungsgläubiger würden sich mit schönen Versprechungen für den Parteiwahlzettel einfangen lassen und dann gehorchen den Mund halten, wenn aus all den Versprechungen nichts wird, und die Partei umfällt?

Was aber den Dornenweg des verantwortlichen Politikers betrifft, hat da Herr Hergt wirklich gemeint, nur seine Partei werde im Sandumdreien aller Schwierigkeiten Herr werden und die breiten Massen der Anhänger durch die praktische Tat vom Regierungstisch her so beglücken, daß sie auch weiterhin der Parteiparole durch Dick und Dilln folgen? Die Deutschnationalen waren immer als Erste dabei, wenn es galt, der Sozialdemokratie zu sagen, sie habe Jahrzehnte lang Oppositionspolitik getrieben und könne sich jetzt nur schwer auf eine Politik der Staatsbehauptung und der Mitarbeit am Staate einstellen. Nun, die Deutschnationalen haben nur ein paar Jahre Opposition machen müssen, und sie haben schon in diesen paar Jahren die Einsicht verlernt, daß zumal in deutschen Ländern Mitübernahme der Verantwortung die Feindschaft aller unbesonnenen und politisch ungeschulten Elemente einzutragen pflegt. Und solcher Elemente gibt es bekanntlich in Deutschland einen

großen Haufen. Kommt dann noch eine verantwortungslose Agitation hinzu, dann wendet sich der Spieß, den man erst so hübsch gegen die Regierung und die sie stützenden Parteien kehrte, im gleichen Moment, wo man selber Regierungspartei geworden ist, gegen die eigene Brust.

Wenn wir dieses alles hier erörtern, so geschieht das gewiß nicht, um eine Polemik zu entfesseln, sondern nur in der Hoffnung, daß die Deutschnationalen vielleicht doch aus den Ereignissen für die Zukunft etwas lernen. Bis jetzt hat man von einer solchen Lernbegier leider wenig gemerkt. Und wenn man daran denkt, wie geflüstertlich die Deutschnationalen darauf aus sind, ihr eigentliches Programm, die Besetzung der Beamtenstellen mit deutschnationalen Parteianhängern, durchzuführen, dann möchte man fast befürchten, daß hier eine gewisse Unbelehrbarkeit mitspricht. Jedenfalls muß die auch von deutschnationalen Blättern oft genug entkühlte Machtgier der Deutschnationalen, die sich vor allem gerade in Personalfragen bemerkbar macht, immer wieder die Abwehr der republikanischen Parteien hervorgerufen. Zumal sich diese Parteien dessen bewußt sind, daß, wenn man einmal im Reich und in Preußen die Träger aller höheren Ämter auf ihre parteipolitische Zugehörigkeit hin untersuchen wollte, die Deutschnationalen ohnehin einen Anteil an diesen Ämtern aufweisen könnten, der ihrer Stimmenzahl bei den Wahlen nicht entspricht.

Trotz alledem wollen wir die Hoffnung, daß auch die Deutschnationalen sich zu einer besseren Einsicht durchringen, nicht aufgeben. Vielleicht erweist sich der Enttäuschung der Aufwertungsgläubiger doch als ein gutes Erziehungsmitel. Und vielleicht leiten doch die Geständnisse des Herrn Hergt eine Ära der Selbstbesinnung ein. Daß die Deutschnationalen dann, wenn ihnen die Macht winkt, auch politische Opfer bringen können, zeigt ja das Verhalten ihrer Vertreter im Reichskabinett. Dort sind in den Fragen der Außenpolitik und in der Aufwertungsfrage Beschlüsse zustande gekommen, die mit den bisherigen Kundgebungen der Partei wenig übereinstimmen wollen.

Die bessere Einsicht würde also darin bestehen, daß jene Opfer nicht bloß gebracht werden, um Machtpositionen im Staat zu erlangen, sondern um in schiedlich-friedlichem Zusammenwirken mit allen anderen staatsbehaltenden Parteien den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu vollenden. Die übergeordnete Stellung, die aus dem Fühlen und Denken eines echten Deutschnationalen als politisches Ziel kaum hinwegzudenken ist, muß abgelöst werden durch das Miteinander- und Nebeneinanderdürken. Auch dabei würde der politische Wille in rein sachlichen Fragen, wie er von den Deutschnationalen vertreten wird, sicherlich gebührend zur Geltung kommen.

Interessant sind die Vorgänge bei den Deutschnationalen für alle Parteien. Allen Parteien erteilen sie von neuem die Lehre, daß es gefährlich ist, in der Opposition des Guten zu tun und in der Opposition zuviel zu versprechen. Jede große, verantwortungsbereite Partei kann in die Regierung kommen. Ihre Stellung dort ist von vornherein angenehmer, wenn sie weiß, daß sie das, was sie vorher versprochen hat, auch annähernd halten kann.

Der Prozeß gegen die deutschen Studenten in Moskau

Am Mittwoch begann vor dem Obersten Gerichtshof zu Moskau der Prozeß gegen die deutschen Studenten Kindermann, Wolfst und Dittmar. Die Anklage wird von Staatsanwalt Krukenko vertreten. Die Angeklagten Kindermann und Wolfst lehnten — wie die Russ. Tel. Ag. meldet — eine Verteidigung durch öffentliche Anwälte ab. Dittmar wird von Rechtsanwält Dizeg verteidigt. Da der als Zeuge vorgeladene Legationsrat Hilger unter Berufung auf seine Exterritorialität es abgelehnt hatte, vor dem Gerichtshof zu erscheinen, erklärt sich dieser mit der kommissarischen Vernehmung Hilgers in den Räumen der deutschen Botschaft oder in seiner Wohnung einverstanden. Der Staatsanwalt weist auf die besondere Bedeutung der Aussage hin. Auf Antrag des Staatsanwaltes beschließt der Gerichtshof, den deutschen Kommunisten Heinz Neumann als Sachverständigen zur Beurteilung der Tätigkeit politischer Geheimorganisationen in Deutschland vorzuladen. In Durchbrechung der Prozeßordnung erklärt plötzlich die Angeklagte Kindermann, daß er in der Voruntersuchung keine Aussagen über Legationsrat Hilger gemacht habe. Die Untersuchungsprotokolle vom 6. und 7. Februar seien Fälschungen, da seine Unterschrift in hypnotischem Zustand erfolgt sei. Nach der Verurteilung der Angeklagten und der Zeugen wird dann die Anklageschrift verlesen.

Schluß der Polizeifachkonferenz und der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung

Die Polizeifachkonferenz hat am gestrigen Mittwoch ihre Tagung beendet, am selben Tag schloß auch die Internationale Polizeitechnische Ausstellung ihre Pforten. Aus diesem Anlaß fand ein kleines Frühstück statt, in dessen Verlauf der Minister des Innern Memmel, die Arbeiten der Polizeifachkonferenz in einer Ansprache eingehend würdigte und für die Anerkennung dankte, die die Karlsruher Polizeitechnische Ausstellung in den maßgebenden Kreisen gefunden habe. Durch die Ausstellung und die Konferenzen sollte nichts anderes erreicht werden, als daß die Männer vom Fach sich intensiver mit den Problemen der Polizeitechnik und Kriminalwissenschaft befassen. Die Karlsruher Ausstellung sollte nicht anders sein, als ein weiterer Schritt nach vorwärts im Dienste der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Der Minister dankte allen an den Veranstaltungen Beteiligten, vor allem auch der Presse für ihre tätige Mitarbeit. Die ganze geleistete Arbeit habe dem deutschen Volk und Vaterland gegolten, sie habe so ihr Teil mit beigetragen an dem Wiederaufstieg Deutschlands.

Ministerialdirektor Geh. Rat Gräber-Berlin dankte namens der Gäste und gab dem Wunsche Ausdruck, daß das in Amerika wie in England herrschende Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bürgerschaft sich auch bald in Deutschland einstellen möge.

Hierauf überreichte der Regierungs-Kommissar für die Internationale Polizeitechnische Ausstellung, Ministerialrat Dr. Bartsch, dem Vertreter des New Yorker Polizeipräsidenten Enright, Konrad S. Rothengast, als Zeichen des Dankes für die Beteiligung Americas an der Ausstellung, eine seidene Fahne in den badischen Farben als Erinnerungsgabe, auf der die Worte „Internationale Polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe 1925“ eingestickt sind. Die Ehrung wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen, worauf die Kapelle der Vereinigung badischer Polizeimusiker die amerikanische Hymne intonierte, die die Anwesenden stehend anhörrten.

Herr Rothengast dankte in englischer Sprache für die Überreichung der Fahne und betonte, daß die Karlsruher Ausstellung in amerikanischen Kreisen lebhafteste Befriedigung hervorgerufen habe. Mit Interesse sehe er, wie die amerikanischen Polizeifachverständigen der nächstjährigen Berliner Ausstellung und den damit im Zusammenhang stehenden Konferenzen entgegen, zu denen sich ein Vertreter der New Yorker Polizei gerne einstellen werde. Herr Rothengast schloß mit einem Hochruf auf die badische Polizei, auf das Land Baden und auf Deutschland, worauf das Deutschlandlied gesungen wurde. Die Ausführungen des New Yorker Delegierten fanden lebhaften Widerhall.

Nach fleißiger Arbeit in den Kommissionen hielt die Deutsche Polizeifachkonferenz am Mittwoch vormittag eine Plenarsitzung ab. Präsident Dr. Baltisch teilte mit, daß die Spezialkommissionen bis zur nächstjährigen Berliner Polizeikonferenz weiter vorbereitend tätig sein sollen. Die Ergebnisse sollen in einer Zentralkonferenz zusammenfließen und zwar beim Polizeipräsidentium in Berlin, Abt. IV (Landeskriminalamt).

Es fand sodann einstimmig folgender Antrag Annahme: 1. Der Plan der preussischen Regierung, für den Herbst 1926 eine deutsche Polizeikonferenz einzuberufen, wird lebhaft begrüßt;

2. Es wird die Gründung einer aus Vertretern polizeilicher Fachbehörden der Länder und freien Städte bestehenden deutschen kriminalpolizeilichen Kommission vorbehaltlich der Zustimmung der Regierungen beschlossen;

3. Die weiteren Vorbereitungen werden von Sachvertretern der im jetzigen Präsidium vertretenen Länder (Preußen, Sachsen und Baden) geführt. Dieser vorbereitende Ausschuss wird sich durch Zuziehung von Vertretern der Polizeibehörden anderer Länder und freien Städte ergänzen.

Die einzelnen Kommissionen erstatteten darauf Bericht über den Gang ihrer Beratungen. Die vorgelegten Entschlüsse wurden durchweg einstimmig angenommen. Sie betrafen u. a. die Bildung einer gemeinsamen Länderzentrale des Fingerabdruckwesens mit dem vorläufigen Sitz in Berlin, das kriminalistische Nachrichtenwesen, die Schaffung eines lüdenlosen Netzes von Nachrichtenstellen zur Ermittlung von Vermissten und Identifizierung unbekannter Toten, ferner Richtlinien für das Fremdenmelde- und Fahndungswesen, für die Bekämpfung der Taschendiebstähle und des Fingerringenwesens, sowie Vorschläge zur Erleichterung der kriminalpolizeilichen Tätigkeit.

Nachdem ein Konferenzteilnehmer unter lebhaftem Beifall Herrn Dr. Baltisch den Dank für die umsichtige Geschäftsführung ausgesprochen hatte, gab Polizeipräsident Dr. Kampen-Samburg eine interessante Schilderung seiner Amerikareise anlässlich der internationalen Polizeikonferenz in New-York.

Präsident Dr. Baltisch richtete am Ende der Tagung herzliche Dankesworte an die badische Regierung insbesondere den

Innenminister Kemmer, ferner an Stadtverwaltung und Presse für die Sache der Polizei zuteilgewordene kaiserliche Förderung.
Mit dem Wunsch der gedeihlichen Fortentwicklung der in die Wege geleiteten Arbeitsgemeinschaft erklärte darauf Ministerialdirektor Leers die Verhandlungen für abgeschlossen.

Moulageverfahren im Dienste der Polizei

(Vortrag von Universitätsdozent Dr. Koller-Wien.)
Dienstag, den 28. Juni 1925, hielt Universitätsdozent Dr. Alfons Koller-Wien im Rahmen der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung im Vortragssaal des Landesgewerbeamtes einen Demonstrationsvortrag über eine von ihm erfundene Methode zur Abformung am menschlichen Körper. Dieser kam für diesen Zweck hauptsächlich Gips in Betracht, der aber viel Nachteile aufweist. Schon beim Abformen von Totenmasken, geschweige denn bei Lebenden, ergibt sich der Uebelstand, daß das Gesicht ziemlich dick mit Fett oder einer ähnlichen Substanz eingeschmiert werden muß, und trotzdem ist es immer noch unvermeidlich, daß die vom Gipsbrei umflossenen Haare beim Abheben des Negativs ausgerissen werden. Die von Dr. Koller benützte „Regocoll“-Masse hat weder diese noch die anderen Nachteile des Gipses. Sie wird dem bequem im Stuhl sitzenden Modell ohne jede Vorpräparation der Haut einfach mittels Pinsels aufgetragen. Die Regocoll-Masse hat dabei die Konsistenz einer Marmelade und die Temperatur des Blutes, also ungefähr 37 Grad Celsius. Sie ist so vollkommen reizlos, daß sie auch auf jede Wunde oder in Körperhöhlen eingetragen werden kann. Da sie vor dem Gebrauche aufgeschüttet wird, ist sie auch keimfrei. So konnte Dr. Koller während des Krieges im Auftrage des Preussischen Kriegsministeriums für die Kaiser-Wilhelms-Akademie eine große Sammlung von kriegsärztlichen Nachbildungen schaffen. Dabei wurden Abformungen von Operationswunden, z. B. bei Schädelverletzungen, vom Inneren des Gehirns nicht nur ohne jede Schädigung der Patienten vorgenommen, sondern die Kranken empfanden den Auftrag der lauen, schmerzlindernden Masse sogar als eine die Heilung befördernde Wohltat.
Die Abformungen am lebenden Gesicht werden bei offenen Augen und normaler Nasen-Atmung durchgeführt. Das erhartete Negativ ist nicht fest wie Gips, sondern elastisch wie Kautschuk und kann daher leicht aus allen sog. Unterschnitten herausgehoben werden, so daß die bei Gipsabformungen fast stets nötig werdenden Stützformen entbehrlich sind. Dr. Koller wies u. a. zwei ineinandergesetzte Hände vor, die vollkommen nahtlos hergestellt wurden, indem das Modell eines Handes aus dem erharteten Negativ einfach wie aus einem Handschuh herauszog. Die Abformung gibt die Einzelheiten so genau wieder, daß z. B. nicht nur die Kapillarlumina einer Fingerbeere, sondern sogar auch die nur mikroskopisch sichtbaren Poren innerhalb dieser Linien sichtbar sind. Es ist möglich, Regocoll auf behaarten Körperstellen ohne jede Vorpräparation aufzutragen, ohne daß beim Abheben des Negativs die Haare mitgerissen werden. Auch die Abformung von Zähnen oder sonstigen Details der Mundhöhle ist sehr viel einfacher als mittels des jetzt von Zahnärzten gebrauchten Gipses oder der Zementmasse. Die eingetragene Masse erhartet binnen wenigen Minuten, braucht niemals herausgehoben zu werden wie ein Gipsabdruck, gefährdet daher in keinem Falle Stützabdrücke, Brüllen oder sonstige Erschütterungen und der Abdruck ist von absoluter Genauigkeit, so daß keine Gefahr besteht, daß danach gearbeitete Gebisse nicht gut passen könnten. Selbstverständlich sind mit Regocoll nicht nur Abformungen am lebenden menschlichen Körper, sondern auch von beliebigen Gegenständen möglich. So wies Dr. Koller die Nachbildung eines Schuhes vor, der die kleinsten Einzelheiten bis zu den winzigsten Sprüngelein des Leders mit dokumentarischer Treue zeigte. Auch Nachbildungen in Eisenblech von Kameen, Lapis Lazuli, Karneol usw. wiesen alle Feinheiten und Färbungsnuancen der Originale auf. Die Umkehrung von Regocoll-Negativ ins Positiv ist eben so einfach und von jedermann sofort erlernbar. Wieder bedarf das Regocoll-Negativ keinerlei Vorpräparation. Die Positiv-Masse („Celurit“) wird geschmolzen und mittels Pinsel in das Negativ eingetragen. Sie erhartet binnen wenigen Minuten und kann sofort aus dem Negativ, auch aus allen Unterschnitten, ohne die Gefahr irgend einer Beschädigung herausgehoben werden. Celurit kann beliebig gefärbt und mit Füllstoffen versehen werden, so daß man ihm jeden Charakter wie Stein, menschliche Haut, Leder, Metall usw. geben kann. Das fertige Positiv kann auch von außen her leicht bemalt werden. Es ist sehr hart, erweicht nicht an der Sonne und ist gegen Wasser vollkommen unempfindlich. Das Verfahren wird wahrscheinlich nicht nur im Erkennungsdienste, sondern auch bei Tatbestandsaufnahmen gute Dienste leisten. Seine dem Kriminalbeamten in die Augen springenden Vorteile sind seine große Einfachheit und daher leichte Erlernbarkeit, sowie die unübertreffliche dokumentarische Naturtreue Verletzungen aller Art an Ermordeten können mühelos abgeformt und bei Gericht auf den Verhandlungstisch gelegt werden. Mit wenigen Handgriffen sind z. B. die Spuren eines Bisses nachzubilden, so daß sie später mit dem Gebisse eines Verdächtigen verglichen werden können. Der Polizeipräsident von Wien, Orgell-Schöber, hat bereits ein Laboratorium für kriminalistische Abformungen unter Leitung Dr. Kollers errichten lassen. Es ist geplant, nicht nur die bereits genannten Zwecke zu verfolgen, sondern auch eine Sammlung von typischen Schulfällen für angehende Polizeibeamte anzulegen und das Verfahren auch in den Dienst wissenschaftlicher Ziele zu stellen, so z. B. charakteristische Köpfe von Verbrechern, oder deren atavistische Merkmale und sonstige Degenerationszeichen systematisch nachzubilden und in einer Sammlung zu vereinigen. Natürlich kann das Verfahren nicht nur für allgemein medizinische, zahnärztliche und kriminalistische Zwecke, sondern auch für künstlerische Zwecke Verwendung finden, da ja nicht nur eine vollkommen naturgetreue plastische Porträtierung, sondern auch die Abformung beliebiger Körperteile, ja sogar ganzer Menschen möglich ist. Nach Mitteilung Dr. Kollers dürften die Patente wahrscheinlich wegen Mangel an inländischem Kapital an England veräußert werden. Dann werden die in Betracht kommenden Massen binnen kurzem im Handel allgemein erhältlich sein und eine für den Buchhandel vorbereitete Gebrauchsanweisung wird es jedermann ermöglichen, solche Abformungen selbst mit wenig Mühe und Kosten vorzunehmen.

Der preussische Landtag nahm am Mittwoch die Wiederholung der namentlichen Abstimmung über den Initiativgegenstand vor, wodurch die Wahlzeit im Provinziallandtag, Kreisstag und ihrer Mitglieder auf 1. 11. verlängert wird. Bei den früheren Abstimmungen hatte die Rechte durch Nichtbeteiligung an der Stimmabgabe die Beschlußfähigkeit des Landtages herbeigeführt. Mit 223 gegen 48 Stimmen, bei 4 Enthaltungen wurde der einzige Artikel des Gesetzesentwurfes in dritter Lesung, darauf das Gesetz im Ganzen angenommen. Die Parteien der Rechten stimmten mit den Kommunisten gegen das Gesetz.

Deutscher Reichstag

Mit Berlin, 24. Juni.
Eröffnung der Sitzung um 2 1/2 Uhr. Das Haus nimmt die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über die Zolländerungen vor.

Reichsfinanzminister von Schlieffen: Der jetzt geltende Zolltarif, der vor mehr als 24 Jahren von dieser Stelle aus zur Annahme empfohlen wurde, ist heute absolut veraltet. Es ist erforderlich, darauf hinzuwirken, daß die hohen Zollmauern der Gegenseite abgebaut werden. Die neue Gliederung des Zolltarifes soll hierzu beitragen. Es ist notwendig, zu klaren Zollverhältnissen zu kommen, weil sonst die Handelsvertragsverhandlungen zum Stillstand kommen müssen. Durch die Kriegsmassnahmen sind eine Reihe von Zöllen vorübergehend abgebaut worden, die für die deutsche Industrie und Landwirtschaft unbedingt erforderlich sind. Es sind im wesentlichen nur noch die großen Gruppen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu berücksichtigen und das geschieht in der Zollvorlage. Es ist die Pflicht und Aufgabe der Reichsregierung, durch die Wiedereinführung der Axtarazölle, die deutsche Landwirtschaft als Träger der Volksernährung zu schützen (Hört, hört!). Es soll dabei aber in weitem Umfange Rücksicht genommen werden auf die Verbraucherschaft (Gelächter links). Die Reichsregierung lehnt die Mindestzölle ab (mit Ausnahme der Getreidezölle, Red.) und hält grundsätzlich an dem Einheitszolltarif fest. Zum Schluß hob der Minister die große Bedeutung der Zollvorlage für die deutsche Wirtschaft hervor und bat, die Zollvorlage beschleunigt und zwar noch vor den Sommerferien zu verabschieden.

Abg. Bissel (S.): Hat die Regierung bereits ein Abkommen mit den hinter ihr stehenden Parteien getroffen, die Zollvorlage entlobt anzunehmen? Die Gesamtendung dieser Zollvorlage ist so hochschulzöllnerisch, daß man die Vereinerung des Ministers, man wolle auch die Verbraucherschaft berücksichtigen, nicht sehr ernst nehmen kann. Die Zollvorlage übermietet ganz den Eindruck, als ob die Handelspolitik nicht von der Regierung, sondern von den Interessenten gemacht werde. Von den 924 einzelnen Positionen in den über 400 Zolltarifen werden 746 geändert und zum Teil bis zu 40 Prozent erhöht. 74 Positionen werden überhaupt neu belastet. Der benutzten Hochschulzollpolitik der neuen Zollvorlage, die wie auf keinen Fall mitmachen, steht eine Äußerung des Außenministers Dr. Stresemann entgegen, der in Hamburg erklärt hat, die Abschließung des deutschen Marktes durch Schutzzölle sei unüberwindlich. Nichtbelastung des Konsums, sondern Erhöhung der Kaufkraft durch Befreiung von Zöllen muß das Ziel sein. Wir lehnen ab, dem Hochschulzöllnerismus eine Erhöhung der Grundrente auf Kosten der breiten Masse zu gewähren. Wenn diese Vorlage Gesetz wird, so werden schwere soziale Kämpfe, insbesondere Lohnkämpfe, die Folge sein. Die Vorlage wird zu einem Fluch für das deutsche Volk werden.

Abg. Thomsen (DVP): Wir sind der Meinung, daß die Vorlage so schnell wie möglich verabschiedet werden muß, damit bei den Handelsvertragsverhandlungen die deutschen Vertreter eine Handhabe bekommen. Die Zollvorlage, die ja nur ein Provisorium sein soll, hat die Aufgabe des Schutzes der lebenswichtigen einheimischen Produktion und die der notwendigen Förderung unserer Ausfuhr. Sie darf aber nicht zum Zankapfel werden zwischen Verordnern und Erzeugern und zwischen Landwirtschaft und Industrie. Wir erachten die Zollhöhe in der Vorlage für viele Positionen, auch die landwirtschaftlichen als geeignete Grundlagen für Handelsvertragsverhandlungen zu gering. Wir werden auch dafür eintreten, daß Obst, Gemüse und Gartenbau durch Mindestzölle geschützt werden.

Abg. Dr. Deffner (S.): Eine Zollvorlage ist unausschießbar. Die Landwirtschaft braucht eine Stütze, weil von ihrem Bestehen auch die Existenz der Arbeiterklasse abhängt. Die deutsche Ausfuhr betrug 1903 mehr als doppelt so viel, wie sie heute beträgt. An Freihandel ist nicht zu denken für Deutschland, denn wir sind nicht allein auf der Welt, und die anderen haben ihr Gebiet mit hohen Zöllen geschützt. Die notwendigen Industriezölle dürfen aber nicht ohne die notwendigen Agrarzölle durchgeführt werden. Die Zentrumspartei wird sich an der Ausschuss- und Plenararbeit über die Zollvorlage beteiligen und sie ist für eine rasche Erledigung dieser Vorlage. Es darf aber bei diesen Beratungen keine Interessenpolitik getrieben werden.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (DVP) betont, daß im Interesse der deutschen Handelspolitik die Zollvorlage keineswegs bis zum Herbst hinausgeschoben, sondern so rasch wie möglich erledigt werden müsse. Die Zollvorlage sei nur ein Ausdruck der zwangsläufigen Fortsetzung der herkömmlichen deutschen Handelspolitik. Heute könne kein einziger Industriestaat sich als Freihandelsstaat ausgeben, denn er ist umgeben von Hochschulzöllnern. Dieser Standpunkt wird ganz klar, wenn man bedenkt, daß sogar das alte traditionelle Freihandelsland England seinen alten Weg verlassen mußte und Schutzzölle über Schutzzölle einführt. Ehe nicht die Zollmauern der anderen Länder fallen, kann auch Deutschland nicht auf seine Zölle verzichten. Eine Zollunion, für die auch Sinesse eingetreten sei, wäre zwar wünschenswert, liege aber noch in weiter Ferne. Man müsse aber schon hier der Auffassung entgegengetreten, daß etwa eine europäische Zollunion sich gegen Amerika richten könne oder würde. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei spreche sich für die baldige Annahme der Zollvorlage aus.

Abg. Rosenberger (A.) wendet sich gegen die Vorlage. Abg. Fehr (B. Vg.) gibt namens der wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir halten die Vorlage eines Gesetzes über die Zollhöhe für eine Notwendigkeit. Die deutschen Zölle müssen selbstverständlich alle Wirtschaftszweige umfassen, also auch die Landwirtschaft, als der Grundlage der gesamten deutschen Wirtschaft, den notwendigen Zollschutz geben.

Abg. Forstner (B. Vp.) unterstreicht die Notwendigkeit der Zollvorlage und setzt sich dabei besonders für die Landwirtschaft ein. Erforderlich sei ein tragbares Kompromiß zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Wohle des deutschen Volkes.

Gegen 7 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 1/2 Uhr vertagt.

Reichspräsident und Beamtenchaft. Der Reichstagsabgeordnete Schuldt-Steglich (D.) hat kürzlich dem Reichspräsidenten eine Denkschrift über die Not der Beamtenchaft überreicht. Darauf hat nun der Abg. Schuldt die Antwort erhalten, daß der Reichspräsident von der Denkschrift mit Aufmerksamkeit Kenntnis genommen und sie dem Reichsfinanzminister zugeleitet hat, mit dem er die in der Denkschrift berührten Fragen demnächst persönlich besprechen wird.

Aufwertungsfrage im Reichstag. In der Wandelhalle des Reichstags erschienen Mittwoch nachmittag Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen, die den anwesenden Abgeordneten gegenüber in sehr lebhafter Weise ihrer Enttäuschung über die bisherige Behandlung der Aufwertungsfrage Ausdruck gaben. Insbesondere wurden einige Mitglieder der deutschen Nationalen Fraktion von den Demonstranten umringt und mit Vorwürfen überhäuft. Kurz nach 5 Uhr verließen die Demonstranten den Reichstag, ohne daß ein Einschreiten der Saaldienere notwendig geworden wäre.

Politische Neuigkeiten

Der englische Außenminister zum Sicherheitspakt

Im englischen Unterhaus hielt am Mittwoch der englische Außenminister Chamberlain die angekündigte Rede über den Sicherheitspakt. Unter den Diplomaten, die den Ausführungen Chamberlains folgten, befand sich auch der deutsche Botschafter Schauer, der neben dem französischen Botschafter auf der Tribüne saß, ferner der englische Botschafter in Berlin. Chamberlain richtete seine Hauptargumentation darauf, seine innerpolitischen Gegner in der Arbeiterpartei und im konservativen Lager zu entmannen u. alle dem Gedanken eines Westpactes günstig zu stimmen. Außenpolitisch bedeutungsvoll war seine Erklärung, daß er es für einen schweren Fehler halte, die Frage der Revision der östlichen Grenzen Deutschlands in die Debatte geworfen zu haben, jetzt sechs Jahre nach Abschluß des Friedensvertrages. Derjenige, der eine Revision der Grenzen ins Auge faßte, diene nicht dem Frieden, sondern dem Kriege. Chamberlain erklärte dann die Möglichkeit einer Revision der Ostgrenzen und erklärte, daß nach englischer Auffassung nur zwei Möglichkeiten vorlägen: Revision der Grenzen unter Anwendung des § 19 der Völkerbundsstatute, weil Grenzen oder Verträge unanwendbar geworden seien, und eine Vereinigung von Deutschland und Österreich auf Grund der Bestimmungen des § 80 des Friedensvertrages. Am gegenwärtigen Augenblick beziehe aber der Anseh der Deutsch-Osterröcher auf Deutschland keine Aktualität für irgend eine Regierung. Chamberlain setzte dann das Verhältnis des Westpactes zu einem eventuellen Kriegsfalle im Osten auseinander und sagte, daß es notwendig sei, für diesen Fall die Annahme zu machen, daß entweder Deutschland Polen oder Polen Deutschland ohne Provokation mit Krieg überzogen habe. Wenn dies der Fall sei und Deutschland sei Mitglied des Völkerbundes, so handle es sich im Falle eines unprovokierten deutschen Angriffs um eine Verletzung der Satzungen. Das gleiche treffe zu, wenn Polen Deutschland unprovokiert angriffe. Englands Verpflichtungen in einem solchen Falle gingen nicht über die Verpflichtungen hinaus, die es als Mitglied des Völkerbundes habe. Chamberlain betonte dann noch, daß nur ein gegenseitiger Pakt in Frage komme.

Der zweite Rathenau-Prozess

Am Mittwoch begann vor dem Staatsgerichtshof zu Leipzig der zweite Rathenau-Prozess. Die Anklage lautet auf Beihilfe zum Mord und richtet sich gegen den ehemaligen Oberleutnant Günther Brandt aus Kiel und den Fabrikbesitzer Rüdiger Meißner aus Freiberg i. S. Die Beteiligung dieser beiden Angeklagten an dem Unternehmen Kerns, Schiffers und Tschow soll in der Beschaffung bzw. in der Vergabe des zum Mord benutzten Kraftwagens bestehen. Gegenüber der Darstellung der Angeklagten, von denen Brandt erst nach und nach zugegeben hat, daß ihm der Mordplan an sich durch Kern und Schiffer bekannt geworden sei, steht die Anklage auf den Standpunkt, daß beide sich am Rathenau-Morde schuldig gemacht haben. Für die Verhandlung sind als Zeugen u. a. der Student Ernst Werner Tschow, der zurzeit eine 15-jährige Zuchthausstrafe verbüßt, ferner Kapitänleutnant A. D. Tilsch, v. Salomon, der aus der Strafanstalt Striegau vorgeführt werden wird, der seinerzeit freigeiprochene Steinbeck und Korvettenkapitän A. D. v. Abendroth geladen.

Beibehaltung des heftigen Staatspräsidentenpostens

Der heftige Landtag beschloß sich am Mittwoch mit dem Antrag der Oppositionsparteien auf Aufhebung des heftigen Staatspräsidentenpostens und der heftigen Gesamtheit in Berlin. Die Vertreter der Regierungsparteien wiesen darauf hin, wie wichtig der Posten des Staatspräsidenten für den Verkehr mit dem besetzten Gebiet sei. Er erklärte, so lange der heftige Staat als Staat bestehe, einen Abbau dieses Postens ablehnen zu müssen. Der Gedanke in Berlin sei nun so notwendig, als auch dessen im Reichstag vertreten sein müsse. Der Antrag wurde schließlich gegen die Antragsteller abgelehnt.

Kurze Nachrichten

Kabinettsitzung über die französische Sicherheitsnote. Wie der „Berl. Lokalanz.“ meldet, sind die Resorthebesprechungen über die Antwortnote Deutschlands in der letzten Zeit soweit gefördert worden, daß das Reichskabinett in einer Sitzung darüber beraten konnte. Irigendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Zur Abhebung der Bier- und Tabaksteuer. Nach der Abhebung der Bier- und Tabaksteuer im Steueranschuß des Reichstags hatten die Regierungsparteien einen Initiativgegenstandswurf eingebracht, wonach eine Erhöhung der Biersteuer um 50% erfolgen solle, während die abgelehnte Regierungsvorlage 100% vorschlägt. Bezüglich der Tabaksteuer hat man in dem neuen Gesetzesentwurf eine neue Besteuerung des Rohababts und der Zigarren fallen gelassen, während die Erhöhung der Zigarrensteuer beibehalten wird.

Am Grab Walter Rathenaus. Das Berliner Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Mittwoch am Tage der Ermordung Walter Rathenaus, am Grab des Ermordeten eine große Kundgebung, die der Mutter Rathenaus bewohnte. — Das Wort zur Gedenkrede ergriff der demokratische Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Rüdiger, der Rathenau als einen wahren Staatsmann feierte. Am Hause Rathenaus im Grünwald wurden im Laufe des gestrigen Tages zahlreiche Blumen Spenden niedergelegt.

Schiedspruch im sächsischen Sozialistenstreit. Das vom Reichsvorstand der sozialdemokratischen Partei eingesezte Schiedsgericht, das über den Streit in der sächsischen Sozialdemokratie zu entscheiden hat, fällt nach Meldung des „Berl. Tagbl.“ einen Schiedspruch dahingehend, daß die dem Leipziger Bezirk angehörenden Mitglieder des rechten Flügels der sächsischen Sozialdemokraten unrecht aus der Partei ausgeschlossen worden seien und daher wieder mit allen Rechten in ihre Ämter und Funktionen einzufügen sind.

Die Zuli-Miete in Preußen. Wie mehrere Blätter melden, dürfte die Miete im Juli unverändert bleiben.

Polen eröffnet den Zollkrieg. Wie aus Warschau gemeldet wird, ist eine Verfügung ergangen, wonach das Einfuhrverbot für verschiedene Artikel aus Deutschland angewandt wird, womit Polen zum Zollkrieg übergeht.

Flucht der Europäer aus Kanton. Ein britischer Dampfer traf aus Kanton mit ungefähr 600 Flüchtlingen, Männern, Frauen und Kinder englischer, amerikanischer, portugiesischer und italienischer Abstammung in Hongkong ein.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Juli noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt. Wir machen darauf aufmerksam, daß sich der Bezugspreis von 1. Juli ab auf 3.— M. erhöht.

Badischer Teil

Die badische Regierung und die Oberrheinfrage

Bei der Hauptversammlung des Rheinschiffahrtsverbandes, die am letzten Sonntag in Waldshut stattfand, gab Finanzminister Dr. Köhler — wie schon kurz gemeldet — die Stellung der badischen Regierung zu den Beschlüssen der Zentralkommission, die bekanntlich sowohl die Regulierung des Rheins von Straßburg bis Rembs, wie die Erhaltung eines Seitenkanals genehmigte, bekannt. Der Minister erklärte — nach dem Bericht des badischen Beobachters — daß diese Beschlüsse auch für Baden durchaus unbefriedigend seien; es liege für Baden fest, daß die Bedingung des Artikels 358 des Versailler Vertrags, daß nämlich in dem zu errichtenden Seitenkanal die Schiffbarkeit weder beeinträchtigt noch erschwert werden dürfe, in keiner Weise erfüllt sei. Es sei deshalb tief bedauerlich, daß die Mehrheit der Kommission trotzdem den Antrag der Franzosen genehmigt habe. Aber so tief auch der Wille im Herzen liege, im gegenwärtigen Augenblick könne es sich nur darum handeln, auf der Basis des Beschlusses zu wirken.

Hieraus ergebe sich folgende Stellung: Erstes wird von Baden die Schiffahrt von Straßburg bis zum Bodensee, nicht aber eine Teilschiffahrt bis Basel. Am Oberrhein zwischen Basel und Konstanz sei ein großes, entwicklungsfähiges Industriegebiet. Außerdem sei in diesem Gebiet die Schiffahrt ohne zu große Kosten gleichsam ein Nebenprodukt der Kraftgewinnung, die ihrerseits nirgends günstiger sei, als auf der angelegenen Strecke. Die Strecke Straßburg-Basel sei für und nur der Durchgangspfad zum Oberrhein, denn dort allein liegen für uns die größten Entwicklungsansprüche. Deshalb sei ein Opfer für die Strecke Straßburg-Basel nur durch die damit erfolgende Förderung der Schiffahrt von Basel bis zum Bodensee gerechtfertigt. Die Schweiz teile erkaufte Rechte dieses Standpunkts insofern, als auch sie der Auffassung sei, daß beide Projekte, also Straßburg-Basel und Basel-Bodensee gleichzeitig in Angriff genommen werden sollten. Sade der in Betracht kommenden Regierung sei es nun, alsobald ans Werk zu gehen, damit nicht wieder, wie vor Jahren einst, zu viele Zeit mit Debattieren usw. verstreiche.

Das Land Baden werde seine Pflicht tun, denn es betrachte die Frage der Erschließung des Oberrheins als eine der vorrangigsten und grössten, die ihm je gestellt seien. Deshalb habe Baden sowohl die Ausführungsprojekte für die Rheinregulierung Straßburg-Konstanz bereits bearbeitet und auch die künftigen Entwürfe für die Schiffahrt von Basel bis Eglisau fertiggestellt. Die Strecke von Eglisau bis Schaffhausen werde vom Vorbohrschweizerischen Verband und die Schiffschneise bis zum Bodensee einschließlich der Regulierung des Bodensees von der Eigenossenschaft bearbeitet. Auch diese Projekte würden vor dem Abschluß. Die Konzessionen für die drei Kraftwerke in Niederschwörstadt, Dogen und Medingen seien fertiggestellt. In ihnen sei vorgesehen, daß Baden und die Schweiz jeweils 25 Prozent des Aktienkapitals bekommen sollten, so daß also bei jedem Kraftwerk die Hälfte des Aktienkapitals in öffentlicher Hand wäre. Es sei zu erwarten, daß die Verleihung der Konzession für das gewaltige Kraftwerk in Niederschwörstadt alsobald erfolge und mit dem Bau wohl im nächsten Jahre bereits begonnen werden könne.

Voraussetzung für die Durchführung dieser großen Aufgabe sei aber, daß man auch allüberall das erforderliche Verständnis und Entgegenkommen zeige. Die Eisenbahn insbesondere müsse vom unverändlichen Kampf gegen die Rheinschiffahrt endlich abkommen. Für Deutschland könne es nicht heißen, Eisenbahn oder Rheinschiffahrt, sondern nur Eisenbahn und Rheinschiffahrt. Die Pflege und Förderung der großen Aufgabe der Erschließung des Oberrheins verträge auch nicht zentralistische Bestrebungen, wie sie sich jetzt wieder hinsichtlich der Verwaltung der Reichswasserstraßen zeigen, wo man in Berlin glaube, nur in strafbarer Zentralisation sei das Problem zu lösen. Öffentlich greife die Überzeugung baldig immer mehr Platz, daß hier am Oberrhein die große Aufgabe der jetzigen Generation liege. Die Ausführungen des Ministers werden mit starkem Zustimmungswilligkeit aufgenommen und fanden ihren praktischen Niederschlag in der einstimmig angenommenen Resolution.

Wie der „Bad. Beob.“ weiter meldet, hat die Reichsregierung die badische Regierung gebeten, bei den am nächsten Freitag stattfindenden Verhandlungen im Hauptauschuss des Reichstags über die Oberrheinfrage teilzunehmen. Die Regierung hat der Einladung entsprochen und wird durch den Finanzminister und Ministerialdirektor Dr. Fuchs, den Bevollmächtigten Badens in der Zentralkommission der Rheinschiffahrt, vertreten sein.

Weitere vorläufige Volkszählungsergebnisse

Karlsruhe hat nach dem vorläufigen Ergebnis 144 700 Einwohner: 68 150 männliche, 76 550 weibliche. Am 1. Dezember 1910 betrug die Einwohnerzahl 134 313 und am 8. Oktober 1919 135 956; danach hat sich die Bevölkerung vermehrt gegenüber 1910 um 10 387, gegenüber 1919 um 8 744 Personen, oder um 7,7 bzw. 6,4 Proz. Die Hauptvermehrung gegenüber 1910 entfällt auf die weibliche Bevölkerung, die um 7890 Personen zugenommen hat. Die Ursache ist lediglich der durch den Krieg bedingte Ausfall an Männern.

Mühlheim: 8919 Einwohner, davon sind 3984 männliche und 4935 weiblichen Geschlechts. Gegenüber der Zählung von 1919 ist eine Zunahme von 1190 Personen zu verzeichnen.

Offenburg: 17 761 Einwohner, und zwar 7 707 männlichen und 10 054 weiblichen Geschlechts. Darin einbezogen sind 191 Personen, welche sich am Tage der Zählung vorübergehend hier aufhielten. Gegenüber der Zählung im Jahre 1919 ist eine Zunahme von 340 Seelen zu verzeichnen.

Wengenbach: 3414 Personen.
Sausch: 2252, davon 1057 männlich, 1195 weiblich.
St. Georgen i. Schw.: 3311, davon 2633 männlich und 2678 weiblich.

Lahr: 14 064, davon 6590 männlich, 7534 weiblich.
Schonach: 2771, davon 1390 männlich und 1381 weibliche Einwohner.

Mühlheim i. Baden: 8832 Personen nach Abzug der vorübergehend an diesem Tage Anwesenden entfallen auf die ständige Wohnbevölkerung 3715 Seelen, und zwar 1713 männlichen und 2002 weiblichen Geschlechts. Gegenüber dem Bevölkerungsstand von 1919 ist ein Rückgang von 8 Personen zu verzeichnen.

Waldshut: 1737 ortsanwesende Personen festgesetzt, darunter 1042 weibliche und 695 männliche.

Singen a. S.: 11 454 Personen, davon 5916 männliche und 5538 weibliche.

Waldshut: 7105, davon 3500 männlich, 3605 weiblich.

Aus der Landeshauptstadt

Über den Verkehr mit Kaffeebohnen wird uns von zuständiger Seite folgendes geschrieben: Kaffeebohnen gelangt als Südkaffee und als Sauerkaffee in Verkehr. Den süßen Kaffee bezeichnet man je nach seinem Fettgehalt und Verwendungszweck als Kaffeebohnen und als Schlagbohnen (Kaffeebohnen zur Herstellung von Schlagkaffee). Der Nähr- und Geldwert des Kaffees hängt von seinem Fettgehalt ab, der ein sehr verschiedener sein kann. Kaffeebohnen und saurer Kaffee müssen mindestens 10 Proz. Schlagbohnen und wenigstens 25 Proz. Fett enthalten. Für Kaffeebohnen mit einem Fettgehalt von 10 Proz. ist dem derzeitigen Marktpreis, der 36 Pfg. für den Liter beträgt, entsprechend ein Preis von 1.05 Mk. für Kaffeebohnen mit einem Fettgehalt von 25 Proz. ein solcher von 2.65 Mk. für den Liter angemessen. Für einen Kaffeebohnen mit wesentlich höherem Fettgehalt ist der Verkäufer einen entsprechend höheren Preis zu fordern berechtigt. Käufer und Verkäufer von Kaffeebohnen werden auf vorstehende Preisberechnung, die sich unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände als angebracht erweisen hat, aufmerksam gemacht; die Verkäufer werden insbesondere darauf hingewiesen, daß sie in Fällen von Übervorteilung des kaufenden Publikums gerichtliche Vorfahrung zu gewärtigen haben.

Eröffnung der Ausstellung des Leibgrenadierregiments. Mittwoch vormittag wurde in den Räumen des Schlossbezirks 10 eine Ausstellung des Leibgrenadierregiments eröffnet. Das Archiv wurde vor dem Krieg gesammelt und ist jetzt dem badischen Landesmuseum angegliedert. Es sind wertvolle Erinnerungen an das ehemalige Leibgrenadierregiment 100, Gegenstände aus der Vorkriegszeit, Erinnerungsbücher aus der 12jährigen Geschichte des Regiments. Die Ausstellung ist bis Montag, den 29. ds. Mts. geöffnet.

Wiener Operette im Stadt. Konzerthaus. Die Operette „Das Weib im Purpur“ von Jean Gilbert, mit der die Wiener Operette ihre Spielzeit am Mittwoch, den 1. Juli im Stadt. Konzerthaus beginnt, gehört zu den besten Schöpfungen des längst betannten und beliebten Komponisten. Sie behandelt eine spannende Episode aus dem Liebesleben der Kaiserin Katharina von Rußland. Das Werk wurde vollständig und dekorativ vollständig neu ausgestattet. In der mit verstärktem Chor und Orchester stattfindenden Aufführung wirken die ersten Gesangskräfte des Ensembles mit. Erste Wiederholung Donnerstag, den 2. Juli. — Als nächste Neuheit geht am Freitag, den 3. Juli eine gemütsch-lustige allwieder Operette, „Ganz geht tanzen“, von Edmund Schler, in Szene, die längst im Repertoire aller Operettentheater steht und für Karlsruhe noch Neuheit ist. Die Darstellung des Werkes bringt alle Komiker des Ensembles auf die Bühne.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Die Druckverteilung hat sich seit gestern früh kaum verändert, Störungen über Deutschland bestehen fort. Tiefdruckkerne liegen über Oberitalien, den Karpaten, und Island. In Baden kam es gestern in einzelnen Landesteilen namentlich im Gebirge zu leichten Gewitterregen, sonst war es meist trocken. Im Kraichgau ging ein Gewitter mit Hagel nieder. Das fühlte, zu Regenfällen neigende Wetter, das selbst in Südrheinland Morgentemperaturen von nur 10—15 Grad veranlaßt, hält vorderhand noch an. Im Gebirge herrscht heute früh von etwa 2000 Meter Höhe ab Frost. Voraussichtliche Witterung für 26. Juni: wechselnd bewölkt, kühl, vereinzelt Regenfälle, stellenweise leichte Gewitterneigung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 24. Juni. Auf Einladung der vor kurzem hier gegründeten Deutschen Goethe-Gesellschaft wird am Freitag, 3. Juli in einem öffentlichen Vortragabend der Reichsminister des Auswärtigen Amtes Dr. Gustav Stresemann über „Goethe und Napoleon“ sprechen.

St. Pforzheim, 25. Juni. Der Arbeitgeberverband für Pforzheim u. Umgegend hat einstimmig den Schiedspruch abgelehnt, der für die Arbeiter in der Schmutz- und Metallwarenindustrie einen Spitzenlohn von 72 Pfg. und 88 Pfennige als Grundgrundlage vorsah. Ferner hat er fast einstimmig beschlossen, am Freitag der gesamten gewerblichen Arbeiterschaft der Schmutzwarenindustrie mit 14tägiger Frist zu kündigen. In einer Erklärung des Arbeitgeberverbandes heißt es, der Versuch einer Durchführung dieses in völliger Verlesung des Ernstes der wirtschaftlichen Lage gefällten Spruches würde angeht der derzeitigen Geld- und Absatzverhältnisse zu einer völligen Lahmung weiterer Teile der hiesigen Industrie und damit zu einer langanhaltenden Arbeitslosigkeit großen Stils führen. Um den verhängnisvollen Folgen einer etwaigen Verbindlichkeitsklärung vorzubeugen, sei die Kündigung der Arbeiterschaft beschlossen worden.

St. Durlach, 25. Juni. Der Waldhüter Gustav Laible aus Wörschach wurde in dem Walde bei der Ortschaft von einem gewissen Martin Schneider, der sich früher in Zwangsberziehung befunden hatte, durch zwei Schüsse getötet.

St. Pforzheim, 24. Juni. Der ehemalige Truppenübungsplatz Heuberg ist jetzt wieder dicht bewaldet mit erholungsbedürftigen Großstadtkindern aus allen Gauen des Deutschen Reiches. Zurzeit werden dort über 3000 Kinder verpflegt, welche der Obhut von 250 Pflegerinnen anvertraut sind. Mit bleichen, verhärmten Großstadtkindern treffen sie ein und frisch gestärkt, rotbadig, von der Sonne verbrannt, mit fröhlichen Augen kehren sie nach 6 bis 8wöchigem Aufenthalt wieder nach Haus zurück.

St. Kleinlaufenburg, 24. Juni. Zur Befestigung des Kraftwerkes Laufenburg war am vergangenen Samstag Finanzminister Dr. Köhler hier anwesend. Hierbei fand gleichzeitig mit den Vertretern der Gemeinden Kleinlaufenburg und Rhina eine Besprechung zwecks Verbesserung der Landstraße statt. Nach den neuesten Plänen des Straßenbauamtes soll die Straße nennmehr über den ehemaligen Festungsgraben des Städtchens geführt werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. Juni		24. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.09	168.51	168.26	168.68
Kopenhagen 100 Kr.	81.50	81.70	81.95	82.15
London 100 £.	15.48	15.52	15.62	15.66
London 1 Pf.	20.390	20.442	20.360	20.906
New York 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	19.34	19.38	19.53	19.57
Schweiz 100 Fr.	81.43	81.63	81.45	81.65
Wien 100 Schilling	59.054	59.194	59.054	59.194
Prag 100 Kr.	12.43	12.47	12.435	12.475

Ausstellung überall 100 Prozent

Badische Bank. Unter dem Vorsitz des Bankdirektors Dr. Bruno Weil fand am Montag die Generalversammlung der Badischen Bank in Mannheim statt. Die vorliegende Reichsmarkteröffnungs Bilanz und die Umstellung des Grundkapitals wurden antragsgemäß genehmigt. Ebenso fand die vorgelegte neue Satzung einstimmig Annahme. An Dividenden für das Jahr 1924 werden verteilt: Auf die Vorzugsaktion von Papiermark 1600 Reichsmark 30, auf die Stammaktie von Papiermark 300, 5 Reichsmark, auf die Stammaktie von 1500 Papiermark 25 Reichsmark. Die ausstehenden Mitglieder des Aufsichtsrates, die Herren: Bankdirektor Hoffmann, Ministerialrat Dr. Mühe, Bankdirektor Dr. Bruno Weil und Staatsrat Dr. Weingärtner wurden wieder gewählt.

Staatsanzeiger

Nr. 65 735. Steuerverteilungsgesetz. An die Gemeinden und Kreise und ihre Aufsichtsbahörden: Das Staatsministerium hat mit Entschliessung vom 10. Juni 1925 Nr. 5581 den Finanzminister und den Minister des Innern ermächtigt, die in meinem Erlaß vom 14. April 1925 (Staatsanzeiger Nr. 89 vom 17. April 1925) erwähnte vorläufige Zahlung aus eingehenden Überweisungssteuern an Gemeinden und Kreise und die entsprechende Behandlung der Schulden auch für den Monat Juni 1925 durchzuführen.

Karlsruhe, den 22. Juni 1925.
Der Minister des Innern
Kemmle

Karlsruhe, den 20. Juni 1925.
Der Minister des Innern
V. B. Leers

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.
Justizministerium

Ernannt: Die Konzeptionsreferenten Heinrich Summel beim Amtsgericht Heidelberg, Alfred Alog beim Amtsgericht Wiesloch, Wilhelm Müller beim Landgericht Konstanz, Hugo Wagner bei dem Staatsanwaltschaftsamt Offenburg zu Konzeptionsreferenten und Konzeptionshilfen Jakob Dürr beim Amtsgericht Mannheim zum Konzeptionsreferenten.

Berufen: Notar Dr. Robert Bierneisel in Stetten a. L. R. nach Wolsch, Justizinspektor Georg Hed beim Amtsgericht Wolsch zum Amtsgericht Billingen, die Justizobersekretäre Ludwig Haas beim Amtsgericht Adolfszell zum Amtsgericht Donauerschingen, Paul Stattfelder beim Notariat Wolsch zum Amtsgericht Adolfszell und Amtsbeihilfe Heinrich Wolf beim Amtsgericht Adolfszell zum Amtsgericht Wolsch.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Katholischer Kultus

Kirchlich eingesetzt wurden: Otto Heinrich Schmitt bisher Pfarrverweser in Watterdingen, als Pfarrer daselbst, Otto Deibel, bisher Pfarrverweser in Rheinheim, als Pfarrer daselbst, Josef Diemer, bisher Pfarrverweser in Rippberg, als Pfarrer daselbst, Otto Deibel, bisher Pfarrer in Eichel, als Pfarrer daselbst, Christophus Haas bisher Pfarrverweser in St. Georgen i. Schw., als Pfarrer daselbst, Karl Wittenmann, bisher Pfarrer in Oberbalbach, als Pfarrer in Unterbalbach, Viktor Werle, bisher Pfarrer in Watterdingen, als Pfarrer in Welsch, Hermann Söhner, bisher Pfarrer in Rippberg, als Pfarrer in Oberbalbach, Ignaz Kraft, bisher Pfarrer in Eichel, als Pfarrer in Watterdingen.

Evang. Kultus
Ernannt: Vikar Hermann Weker in Berlin, als Pfarrer in Freiburg (Christuskirche), Vikar Jakob Kautz in Hornberg, als Pfarrer in Tuffscheld, Vikar Friedrich Spörndler in Riedelsheim, als Pfarrer in Stedbach, Pfarrverwalter Karl Dürr in Pforzheim-Brüdingen, als Pfarrer daselbst, Pfarrverwalter Adolf Lipps in Lodersweier, als Pfarrer daselbst, Pfarrverwalter Hermann Treiber in Kadelburg, als Pfarrer daselbst, Pfarrverwalter Aris Dorsch in Triberg, als Pfarrer daselbst, Pfarrer Otto Zimmermann in Keppenbach, als Pfarrer in Karlsruhe-Mühlburg, Pfarrer Artur Thiel in Miffingen, als Pfarrer in Keppenbach.

Zurückgesetzt auf Ansuchen: Pfarrer Wilhelm Engelhardt in Lodenburg.

Ministerium der Finanzen
Forstverwaltung

Ernannt: Forstassessor Herbert Reith beim Forstamt Waldkirch zum II. Beamten der Forstverwaltung mit der Amtsbezeichnung „Oberförster“.

Gestorben: Josef Rimmig, Professor am Realgymnasium mit Realschule in Weinheim.



Versuchen Sie die neue
Mignon-Mandel-Sultanin,
die Schokolade dieses Sommers
und
Mignon-Vollmilch-Krokant
MIGNON-SHOKOLADEN-WERKE
DAVID SÖHN A.-G., HALLE (SAALE)

SPEDITION * MOBELTRANSPORT * WOHNUNGSTAUSCH * LAGERUNG



Steffelin

Stadt-Filiale: Kaiserstr. 215

Hauptgeschäft: Baumeisterstr. 48 u. Kriegstr. 3 (Haupt-Güterbahnhof)



KOHLEN * KOKS * GÜTERBESTÄTTEREI * HOLZ * BRIKETT

Landwirtschaftskammer- Wahlen 1925.

Wahlbezirk Freiburg.
Der auf der Wahlvorschlagsliste des Bad. Bauernvereins gewählte Herr Weingutsbesitzer Alfred Freiherr von Gleichenstein in Oberrotweil hat seine Wahl in die Landwirtschaftskammer abgelehnt.
An seine Stelle tritt der nächste Bewerber derselben Liste, Herr
Josef Huber, Landwirt und Vorsitzender der Jungbauernschaft Badens, wohnhaft in Röcherberg bei Oberkirch.
Gemäß § 35 der Wahlordnung wird dies hiermit bekannt gegeben.
Freiburg, den 22. Juni 1925.
Der Wahlleiter:
Pfeiffer,
Landrat a. D., Geheimer Regierungsrat.

Melancthonverein für Schülerheime E. V.

Am **Wittwoch, den 1. Juli d. J., nachmittags 4 Uhr**, findet im Saal der „Eintracht“ zu Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 30, die ordentliche **Mitgliederversammlung** statt.
Tagesordnung: Rechnungsablage, Bericht über die Heime, Bericht über die Lage und Aufgabe des Vereins, Wünsche und Anträge. E. 498
Karlsruhe, den 12. Juni 1925.
Der Vorstand:
B. Schulz, Stadtpfarrer.
B. 19. Bruchsal. Über das Vermögen des Schuh- und Manufakturwarenhändlers Karl Krügel in Bruchsal wurde heute am 20. Juni 1925, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Konkursverwalter: Rechtsanwalt Rödelstap in Bruchsal.
Anmeldefrist: 10. Juli 1925.
Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin: Samstag, 18. Juli 1925, vorm. 10^{1/2} Uhr.

Offener Arrest und Angekl. Bruchsal, 20. Juni 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Harmonium
2 Reg. Mark 238.—
9 Reg. Mark 297.—
13 Reg. Mark 411.—
Zahlungs erleichterung
K Franklieferung 948
LANG
Kaiserstr. 187 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Badisches Landestheater
Freitag, den 26. Juni 1925. II. Sonberggruppe
E 27. 27. Gem. 3501—4000
Und Pippa tanzt
Ein Glasbühnenstückchen in vier Akten von Gerh. Hauptmann.
In Szene gef. von F. Baumbach
Personen: Beand. Raffé
Pippa. Fünfter
Der alte Duhn. Baumbach
Richard Hellriegel
Wann
Wende
Kellnerin
Schäbler
Anton
Erster
Zweiter
Dritter
Bierter
Fünfter
Dahlen
Bürker
Wäcker
Genter
Gentmeide
Prüiter
Schäbler
Lang
Gent
Meyer
van Santen
Anfang 7^{1/2}. Ende gegen 10
Spectrl. f. 4,80

Badische Bank.

Papiermark-Bilanz per 31. Dezember 1924.

Aktiva.		Passiva.	
Aus dem Jahre 1923 übernommenes Gold	3 010 000.—	Stammkapital	24 900 000.—
Baugebäude	380 000.—	Rücklagen	340 000 000.—
Raffenbestand:		Gesamtbeitrag der in Betrieb gegebenen Banknoten	
Goldbestand 1924 erworben Millionen M	2 585 505 150 000.—	Guthaben der Giro- und Konto-Korrent-Gläubiger	17 771 117 390 000.—
Deutsche Scheidemünze	5 825 490 000.—	Darlehen der Deutschen Rentenbank	45 038 415 650 000.—
Noten anderer Banken	64 266 240 000.—	Vortrag aus dem Jahre 1923	7 400 000 000 000.—
Eigene Noten	700 000 000.—	Für auszufüllende Dividende	230 686 830 000.—
Dedungsfähige Devisen	2 656 296 880 000.—	Zur Vermögensbildung zu verwendender Überschuß	418 000 000 000.—
Wechselbestand abzüglich Rückzinsen	2 815 327 340 000.—		2 685 957 810 000.—
Sonstige Devisen	54 316 984 900 000.—		
Kontokorrent- und sonstige Guthaben	347 468 060 000.—		
Gebäude in 1924 erworben	40 000 000 000.—		
	537 837 450 000.—		
	12 716 023 050 000.—		
	114 240 000 000.—		
	73 544 177 680 000.—		73 544 177 680 000.—

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1924.

Soll.		Haben.	
Steuern	198 138 540 000.—	Vortrag aus dem Jahre 1923	230 686 830 000.—
Persönliche Unkosten	722 666 060 000.—	Zinsen aus diskontierten Wechseln	4 030 109 740 000.—
Allgemeine Unkosten	398 314 010 000.—	Zinsen aus besessenen Wertpapieren und Wechseln	5 908 130 000.—
Zinsen im Scheckverkehr	1 757 575 070 000.—	Ertrag aus eigenen Effekten	23 428 680 000.—
Banknoten-Anfertigung	23 138 250 000.—	Zinsen aus Guthaben, Depotgebühren und sonstige Erträge	2 166 907 780 000.—
Beamtenunterstützung	22 562 550 000.—		
Vortrag aus dem Jahre 1923	230 686 830 000.—		
Überschuß	3 103 957 810 000.—		
	6 457 039 120 000.—		6 457 039 120 000.—

Reichsmark-Gründungs-Bilanz per 31. Dezember 1924.

Aktiva.		Passiva.	
Raffenbestand:		Stammkapital:	
Goldbestand	5 595 505.15	Stammaktien	8 000 000.—
Deutsche Scheidemünze	5 825.49	Vorzugsaktien	300 000.—
Noten anderer Banken	64 266.24		8 300 000.—
Eigene Banknoten	700.—	Rücklagen	
Dedungsfähige Devisen	5 666 296.88	Gesamtbeitrag der in den Betrieb gegebenen Banknoten	17 771 117.89
Wechselbestand abzüglich Rückzinsen	2 815 327.34	Guthaben der Giro- und Konto-Korrent-Gläubiger	45 038 415.65
Sonstige Devisen	54 316 984.90	Darlehen der Deutschen Rentenbank	7 400 000.—
Kontokorrent- und sonstige Guthaben	647 468.06	Beamten-Unterstützungskasse	100 000.—
Gebäude in Mannheim und Karlsruhe	40 000.—	Auszufüllende Dividende	418 000.—
	637 837.45		
	16 113 618.41		
	490 000.—		
	80 727 533.04		80 727 533.04

Die Dividende für das Jahr 1924 wurde in der heutigen Generalversammlung auf RM. 5.— für die Stammaktie von Papiermark 300.—, auf RM. 25.— für die Stammaktie von Papiermark 1500.— festgesetzt und gelangt gegen Einlieferung des Dividendenscheins Nr. 54 in Mannheim und Karlsruhe: an unseren Kassen, in Frankfurt a. M. und Berlin: bei der Direction der Disconto-Gesellschaft von heute ab zur Auszahlung.
Mannheim, den 22. Juni 1925.

Der Vorstand der Badischen Bank.
Weg. Böder. Stern. Reußhäuser.
Druck G. Braun, Karlsruhe.